

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Herren und Damen,

(es gilt das gesprochene Wort)

Wir sollen heute Abend den Haushalt für 2023 beschließen. Die Beratung darüber war erneut (wie schon beim Doppel-Hh 2021/22) für Ehrenamtliche eine Zumutung – durch die zeitlich engen Vorgaben und die gleichzeitige Überhäufung mit umfangreichen anderen Vorlagen für die Ausschüsse und die gestrige Sitzung. Da uns Stadtverordneten zudem bis zur Abstimmung über die Haushaltsanträge im HFBA keine vollständigen Angaben zum Umfang vorhandener Haushaltsreste und deren Übertragbarkeit und ggf. Übertragung vorlagen, sondern nur solche zu den Resten im laufenden Jahr, konnte erst vor einer Woche auf mündliche Angaben des Kämmerers in der HFBA-Sitzung geklärt werden, ob die Beantragung von Mitteln in einzelnen Fällen erforderlich ist oder nicht.

Aber das ist ja eigentlich auch nicht so schlimm: Wie sich am Finanzstatusbericht für das erste Halbjahr, aber eben auch vor Ort, zeigt, bewirkt die Bereitstellung von Haushaltsmitteln hier in Hofheim herzlich wenig. Denn der Magistrat ignoriert die Beschlussfassung dieses – angeblich - „Hohen Hauses“ weitgehend und setzt beschlossene Maßnahmen auch dann nicht um, wenn ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. *(Ob das an Unwillen, Unfähigkeit oder der offenbar im Kollegialorgan Magistrat herrschenden Unkollegialität liegt, wissen wir nicht, es spielt für das Resultat aber auch keine Rolle.)*

Deshalb haben wir **vor allem Sperrvermerke** beantragt für Maßnahmen, zu denen es weder konkrete Pläne, noch konkrete Beschlüsse gibt.

Kennzeichen der Haushaltssituation sind weiterhin **nicht umgesetzte Maßnahmen** und damit nicht abgerufene Haushaltsmittel. Das gilt insbesondere für die **unterbliebenen Baumaßnahmen in der Kinderbetreuung**. So wurden die Erweiterungsmaßnahmen für die Kitas Steinberg, Langenhain (Familienhaus) und Lorsbach bislang weder realisiert, noch abschließend geplant. Ergebnis: Alle Kitas im Stadtgebiet sind voll belegt, aber z.B. in Lorsbach gab es seit Herbst 2020 nur noch 63 Plätze statt wie vorher 100, nunmehr 85, obwohl die Berechnungen im Kinderbetreuungsentwicklungsplan ergeben, dass bereits in diesem Kindergartenjahr 2022/23 in Hofheim mindestens 111 Kindergartenplätze sowie 168 Krippenplätze fehlen. Im Nächsten Kindergartenjahr 2023/24 werden es laut Plan 114 Kindergarten- und 182 Krippenplätze sein. In der Kernstadt fehlt eine ganze Einrichtung, in den Ortsteilen fehlen ganze Gruppen. Der seit 2019

überfällige **Kinderbetreuungsentwicklungsplan** kam zwar im Jahr 2021 endlich, jedoch musste er **wegen diverser Mängel überarbeitet** werden und liegt seither immer noch nicht in einer brauchbaren, sondern sogar in einer abgespeckten Version vor. Denn welche **Maßnahmen** schlägt der Entwicklungsplan vor? - Keine! Obwohl diese im Herbst letzten Jahres ausdrücklich und im Herbst diesen Jahres nochmals von den Stadtverordneten angemahnt worden waren. Was eigentlich überflüssig sein sollte, da ein Entwicklungsplan logischerweise nicht nur den Ist-Zustand beschreiben, sondern Maßnahmen für die Zukunft aufzeigen soll. **Am fehlenden Geld liegt es nicht**, dass bei uns fast 300 Kita-Plätze fehlen Nach den Angaben des Magistrats stehen zur Behebung dieses Defizits ausreichende (Rest-) Haushaltsmittel zur Verfügung: *„Dies bedeutet im Ergebnis, dass rund 10,524 Mio € an Haushaltsmitteln sofort und an Handlungsmasse bis 2026 zur Verfügung stehen.... Dies zeigt, dass genügend Finanzmittel zur Verfügung stehen.“* berichtet der Magistrat.

Wenn also **genügend Restmittel** vorhanden sind, um das derzeitige Defizit an Kita-Plätzen zu decken: Warum werden und wurden diese Mittel nicht eingesetzt? Warum tut der Magistrat nichts? Liegt es an Unfähigkeit, Unwillen oder fehlender Zusammenarbeit? Für Unwillen spricht die klare Aussage des zuständigen Dezernenten, man werde in den Stadtteilen keine Interimslösungen bereit stellen, sondern nur Lösungen für benachbarte Ortsteile gemeinsam. Das ist z.B. für die Ortsteile Wildsachsen, Langenhain und Lorsbach eine „tolle“ Lösung. Erreicht man die Nachbarortsteile doch problemlos auch ohne Pkw !?

Der **Waldwirtschaftsplan 2023** liegt auch noch nicht zur Beratung vor genauso wenig wie das überfällige neue **Forsteinrichtungswerk**.

Auch so kleine Maßnahmen wie die Beseitigung der **Schlammstrecken** am Anfang und am Ende des **Heinrichsweges**, um diesen bei jedem Wetter (mit dem Rad) befahr- und auch zu Fuß begehbar zu machen, wurden bislang nur teilweise umgesetzt.

Der Marxheimer **Brandweiher** ist immer noch nicht saniert,

Nächstes Beispiel **Hof Ehry**: Seit dem Auszug des Hauses der Jugend fehlt es an einer Konzeption zur Nutzung dieses – so der Bürgermeister - „Kleinods“. Auch der Verein Kulturwerkstatt, der zwischenzeitlich das Gebäude nutzen und beleben konnte, wurde vom Magistrat im letzten Herbst ´rausgeschmissen. Die Ergebnisse eines 2018 beschlossenen Ideenwettbewerbs, der zum Jahreswechsel 2021/22 durchgeführt und im Juni d.J. ausgewertet wurde, zu erfahren, das mussten wir LINKEN uns erst einklagen.

Aber geschehen ist bislang: Noch immer nichts! Jedoch sollen **Umbaumaßnahmen** durchgeführt werden, ohne die künftige Nutzung zu kennen. Ob wir im Februar mehr erfahren?

Oder die Gaststätte **Meisterturm**:

Die überfällige Sanierung der **Gaststätte Meisterturm** und des ehemaligen Wohnhauses, das seit sechs (!) Jahren, seit 2016, unbenutzbar ist, wird immer noch nicht angegangen. Die Beantwortung unserer Anfrage nach dem Sachstand, die wir Ende November erhalten haben, grenzt schon an eine Verwalberung. Heißt es dort doch: „Erste Konzeptideen zur Verortung der einzelnen baulichen Elemente wurden erarbeitet. Das kombinierte Haus der Michelsberger Kultur und das Haus des Waldes soll im jetzigen Bereich der Scheune und des Wohnhauses errichtet werden. Im Bereich des jetzigen Gaststättengebäudes soll das neue Gebäude für den Weiterbetrieb der Gastronomie entstehen.“ Ja, wer hätte das gedacht!

Womit wir auch beim „**Haus der Michelsberger Kultur und des Waldes**“ wären. Das wurde vom Magistrat im letzten Jahr groß angekündigt. Wie dieses aussehen soll, welches Konzept dazu vorliegt, welche Personalausstattung angedacht ist, dazu haben wir bis heute nichts erfahren. „Eine ausgearbeitete Ausstellungskonzeption liegt noch nicht vor.“, so der Magistrat in der eben erwähnten Antwort (zur Anfrage 2022/102).

Machen wir einen großen Sprung vom Kapellenberg zum Hochfeld, zu **Marxheim II (Römerwiesen)**: Vor zweieinhalb Jahren hat der Magistrat die Vergabe der Vorbereitenden Untersuchung für dieses große Neubaugebiet ausgeschrieben. Der lukrative Auftrag sollte – so der Vorschlag des Magistrats – an eine Firma gehen, die zwar kein einziges der vom Magistrat in seiner Ausschreibung geforderten Kriterien der fachlichen Eignung erfüllte, die aber das mit Abstand teuerste Angebot abgegeben hatte. Nachdem wir LINKEN daraufhin die Kommunalaufsicht eingeschaltet hatten, wurde das Ergebnis dieser Ausschreibung zwar vom Magistrat aufgehoben, aber nicht wieder neu ausgeschrieben. Seit zweieinhalb Jahren passiert auch hierbei – Sie ahnen es – nichts.

Bleiben wir bei den Römerwiesen: In der Bürgerversammlung am 29.02.20 stellte das beauftragte Verkehrsplanungsbüro die Ergebnisse einer **vertiefenden Verkehrsuntersuchung** der äußeren Verkehrserschließung von Marxheim II vor. Ergebnis: Das vorhandene Verkehrsnetz sei sehr wohl in der Lage, den zusätzlichen Verkehr aus Marxheim II zu verkraften. Doch weil in dieser Verkehrsuntersuchung die neuralgischsten Knotenpunkte nicht untersucht wurden, stellte DIE LINKE schon am nächsten Tag den Antrag, der Magistrat „möge umgehend das o.g. Verkehrsgutachten durch eine ergänzende Untersuchung der Leistungsfähigkeit der Knotenpunkte Rheingaustraße /

Hattersheimer Straße und im folgenden Elisabethenstraße / Alte Bleiche und Schmelzweg sowie des Knotens L 3011 / L 3011(alt) in Kriftel untersuchen lassen.“ Dieser Antrag wurde vom Kollegen Henninger noch erweitert, auf dass das gesamte Hauptverkehrsstraßennetz der Innenstadt mit einbezogen werden sollte. Das ist jetzt schon knapp 3 Jahre her. Von den Ergebnissen dieser Verkehrsuntersuchung haben wir bislang – Sie ahnen es – nichts gehört. Aber noch bevor diese ergänzte Verkehrsuntersuchung vorliegt, mit der die Ergebnisse der einzigen, bislang bekannten Verkehrsuntersuchung ergänzt werden sollen, will der Magistrat Planungsmittel bereitgestellt bekommen für eine **zweite Straßenanbindung** der Römerwiesen an das Verkehrsnetz der Innenstadt. Und noch bevor klar ist, ob diese zweite Anbindung nötig ist und wenn ja, als Über- oder Unterführung, wird an einer parallelen Rad- und Fußwegbrücke über die Bahn geplant. Ein solches planloses Handeln einer Planungsbehörde ist schon bemerkenswert.

Barrierefreier Umbau Bussteig 5. Ausgerechnet der am stärksten frequentierte Bussteig unseres Stadtbusses hat keine Hochborde, Da müssen die Fahrgäste einen größeren Höhenunterschied überwinden, um in den oder aus dem Bus zu gelangen. Die Stvv hat deswegen beantragt, der Magistrat möge umgehend Planungen für eine provisorische Erhöhung dieses Bussteiges vorlegen. Daraufhin passierte lange: Nichts. Erst auf Nachfrage der LINKEN erklärte der Magistrat, dass er gar nicht daran denke, diesem einstimmigen Beschluss der Stvv nachzukommen, denn dieser Bussteig ließe sich ja eh` nicht mit normgerechtem Spaltmaß anfahren. Doch völlig unabhängig, ob dies zutrifft oder nicht: Ob die Lücke zwischen Bussteig und Bus nun 1 bis 2 Zentimeter größer ist oder nicht, das spielt für Gehbehinderte oder Mütter mit Kinderwagen keine große Rolle. Wichtig ist, dass sie keinen großen Höhenunterschied überwinden müssen, um in den Bus bzw. aus diesem heraus zu kommen. Und wichtig ist, dass der Magistrat die Stvv unaufgefordert und umgehend informiert, wenn er Bedenken hat, die Beschlüsse des Stadtparlaments auszuführen, so wie es seine Pflicht und Schuldigkeit ist.

Radwege: Bei Planung und Bau sicherer Radwege durch die Innenstadt und durch die Ortsteile tut sich seit Jahren nichts. Wie wir erfuhren, wurden von den jährlich in den Haushalt eingestellten Mitteln kaum welche ausgegeben, weshalb der Magistrat davon absieht, in diesem Jahr überhaupt welche einzustellen. Es liegt also nicht nur an Hessen Mobil, dass es mit dem Bau bzw. der Einrichtung von Radwegen nicht vorangeht. Dass wir gestern vom Planungsdezernenten gehört haben, im Hinblick auf die Planung zu einer Radwegbrücke vom Hochfeld zur Innenstadt erübrigten sich Maßnahmen zur Sicherheit von Radfahrenden auf der Rheingaubrücke, schlägt dem Fass den Boden aus.

Zu guter Letzt noch zwei aktuelle Vorhaben anderer Behörden, bei denen der Einsatz unseres Magistrates zur Unterstützung der betroffenen Menschen gefordert ist.

Schon fast vergessen: **Ultrahet**. Da hört man aus Nachbarkommunen wie Eppstein wesentlich mehr von Aktivitäten und Stellungnahmen des Magistrates und des Bürgermeisters. In Hofheim hat man den Eindruck, dass der Magistrat den Kampf um Verschwenkungen weitgehend der BI überlässt.

Dann wäre da noch die von Hessen Mobil geplante Vollsperrung der **L 3011**: Da zeigt der Stadtverordneten-Vorsteher mehr Engagement als der Magistrat (O-Ton Planungsdezernent: „Wir mischen uns doch nicht in die Planungen anderer Behörden ein!“) Daher erfolgten auch keine Stellungnahme der Stadt im **Plangenehmigungsverfahren** und kein Einwand gegen den Verzicht auf ein Planfeststellungsverfahren, vor allem aber kein frühzeitige Information des Lorsbacher Ortsbeirates und der Lorsbacher Bevölkerung und Gewerbetreibenden über die Einleitung des Genehmigungsverfahrens. Erst seit dem Engagement des Stadtverordnetenvorstehers – an dieser Stelle ausdrücklich vielen Dank dafür! - und der Gründung des Aktionsbündnisses beteiligt sich auch der Magistrat aktiver an der Suche nach einer ortsverträglicheren Lösung.

Und wenn der Magistrat einmal von sich aus tätig wird, dann ist es oft völlig überflüssig: Zunächst hatte der Magistrat der Stvv eine Planung für die **Neugestaltung des Bereichs vor dem Bahnhof** vorgelegt. Nach dieser Planung sollte der eigentlich als Taxi-Halteplätze vorgesehene Parkstreifen am Rande der Hattersheimer Straße verbreitert werden, da er nunmehr für Bus-Halteplätze genutzt wird und damit etwas zu schmal ist. So weit, so gut. Doch diese Planung sah vor, zur Verbreiterung dieses Parkstreifens die beiden Fahrspuren der B 519 in Richtung Schwarzbach zu verschwenken und dort entweder eine Auskragung über den Schwarzbach oder eine Auflassung des Gehwegs vorzusehen. Diese völlig unsinnige Planung hat der Mag. dankenswerter Weise mittlerweile aufgegeben: Die (sinnvolle) Verbreiterung der Parkspur soll nunmehr in Richtung Bahnhofsgebäude erfolgen. Dort – so sehen es die Planungen des Magistrats vor – soll die vorhandene Bus-Ausstiegshaltestelle mit einem Hochbord und **einer rollstuhlgerechten gewendelten Rampe zum Bahnsteig 1** versehen werden. Doch letzteres ist völlig überflüssig: Der Bahnsteig 1 ist schon derzeit ohne Treppen erreichbar: Von ganz im Westen am Ende der Rheingaubrücke, mit einer Rampe an der DHL-Packstation, mit einem Aufzug vom Fußgängertunnel und – für Autofahrer – vom oberen Parkdeck des Parkhauses. Eines weiteren

barrierefreien Zugangs zum Gleis 1 bedarf es nicht. Das Gleis 1 hat schon derzeit genügend barrierearme Zugänge (Wir werden beantragen, dass wenigstens einer davon nach Lorsbach kommt. Nicht nur alles in die Kernstadt.). Denn das Gleis 1 wird schon seit Jahrzehnten fast nicht mehr angefahren (Nur zwei S-Bahnen pro Tag halten dort fahrplanmäßig, weil sie da Kopf machen - wenn die Verstärkerzüge mal wieder fahren.). Der DB-Fahrkartenschalter ist schon längst aus dem Bahnhof ausgezogen, genau wie die MTV-Mobilitätszentrale. Einzig der Kiosk und der Friseur sind noch da: Ersterer hat – exklusiv! - einen Aufzug vor der Ladentür, letzterer eine Rampe. Da braucht der Magistrat ganz sicher nicht noch eine halbe Million für eine weitere Rampe auszugeben.

Tätig geworden ist der Magistrat auch in Sachen **Vorderheide II**: Da hat er trotz eines gegenteiligen Beschlusses der Stv ein Anwaltsbüro mit der Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde gegen die Entscheidung des Hessischen VGH beauftragt, mit der der B-Plan Vorderheide II für ungültig erklärt wurde. Für die Einlegung und Begründung dieser Beschwerde dürften bereits erhebliche Anwalts- und Gerichtskosten angefallen sein. Über Stand und voraussichtliche Dauer des Verfahrens ist nichts bekannt.

Es ist also weitgehend wirkungslos, ob wir Projekte beschließen oder Mittel dafür einstellen oder nicht. **Der Magistrat setzt das meiste ohnehin nicht um.** Und notfalls setzt er sich auch über Beschlüsse hinweg.

Wir werden daher aus Protest an der Abstimmung über den Haushaltsplan NICHT teilnehmen.

Was wir aber dennoch tun: Wir **danken der Verwaltung** für Ihre Arbeit im zu Ende gehenden Jahr und wünschen allen dort Tätigen und ihren Angehörigen frohe und besinnliche Weihnachtsfeiertage und alles Gute für 2023!

Barbara Grassel
DIE LINKE.

07.12.2022